

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung.

Alle anderweitig eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Chronrede.

Die Eröffnung des preussischen Landtages.

Der preussische Landtag ist heute mittag 12 Uhr im Weissen Saale des Berliner Schlosses durch den König mit folgender Chronrede eröffnet worden:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!

Ein Jahrhundert ist veronnen, seit mein in Gott ruhender Vorfahr, weiland König Friedrich Wilhelm III. durch Erlass der Städteordnung die Bürger Preußens zur Teilnahme an der Verwaltung des städtischen Gemeinwesens berief. Gegenreich hat sich seitdem die Selbstverwaltung entwickelt und in stetigem Wachstum über Provinzen, Kreise und ländliche Gemeinden ausgedehnt. Mit dem Erlass der Verfassung ist die Nation in die Mitarbeit auch an den Geschäften des Staates eingetreten. Es ist mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage erlassenen Vorschriften über das **Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten** eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erhaltung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine **der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart**. Ihre Bedeutung für das gesamte Staatsleben erfordert umfassende Vorarbeiten, die von meiner Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden.

Die schon für die vorletzte Sitzung angekündigten Vorschläge über die Verbesserung des Dienstverhältnisses der Staatsbeamten, Geistlichen und Volksschullehrer werden Ihnen unverweilt zugehen. Gleichzeitig sollen die Wohnungsgebäude neu geordnet, das Befoldungssystem der unmittelbaren Staatsbeamten vereinfacht und die Scherzbesoldung unter Festhaltung der verfassungsmäßigen Grundlagen für ihre Ordnung einheitlicher gestaltet werden.

Die Gesamtheit dieser Vorlagen stellt erhebliche Anforderungen an die Steuerzahler. Für den Staatshaushalt bedeuten sie unter Zurechnung der bereits in den letzten Jahren beschlossenen Aufhebungen sowie der Mehraufwendungen aus dem Volksschulunterhaltungsgelei eine **dauernde Neubelastung von jährlich etwa 200 Millionen Mark**. Der Ernst der Lage wird dadurch gesteigert, daß der schon im Selbsttrage des Rechnungsjahres 1907 aufgetretene ungünstige Stand der Finanzen des Staates anbauekt, ja sich im laufenden Jahre verschlechtern wird. Es ist deshalb unabweislich, daß ein beträchtlicher Teil der für die Befoldungsgelei erforderlichen Mittel durch erhöhte steuerliche **Belastung von Vermögen und Einkommen in den höheren Stufen** aufgebracht wird. Entsprechende Vorschläge, die zugleich eine zweckmäßiger geordnete Besteuerung der kapitalkräftigen Gewerbesteuergesellschaften anstreben, werden Ihnen vorgelegt werden.

Die ungünstige Lage der Finanzen im Reich und Staat inmitten eines zwar zeitweise verlangsamten, aber doch gewaltigen Aufschwungs volkswirtschaftlicher Entwicklung enthält eine eindringliche Mahnung an den Geist der Sparsamkeit und Opferbereitschaft, mit dem Preußen in jeder Arbeit auch schwere Zeiten überwinden hat. Der Etatentwurf für 1909, der Ihnen erst später zugehen wird, ist deshalb mit äußerster Vorsicht aufgestellt worden. Zugleich wird in allen Zweigen der Staatsverwaltung daran gearbeitet, durch übersichtlichere Gestaltung der Behörden, durch Dezentralisation und durch Vereinfachung der Geschäftsförmern auf Erparung von Ausgaben hinzuwirken und die Verwirklichung der Anforderungen des Lebens in vollkommener Weise anzupassen. Einzelne dahingehende Vorschläge werden Ihnen, wie ich hoffe, schon in dieser Session zugehen können.

Das höchste Mädchenschulwesen soll, wie Ihnen bereits bekannt ist, mit dem Ziele umgestaltet werden, die Bildung der heranwachsenden weiblichen Jugend unter voller Berücksichtigung der häuslichen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben des weiblichen Geschlechts allgemein zu vertiefen und denjenigen Mädchen, die im selbstthätigen Erwerbsteiben oder in wissenschaftlicher Arbeit ihren Beruf finden, die Vorbereitung dazu zu erleichtern. Die zunächst erforderlichen Mittel werden in den Etat aufgenommen werden.

Wichtige Aufgaben, zu denen neben anderen noch die Unterstützung von Kleinbahnen und die Verwirklichung des Staatseisenbahnnetzes hinzutreten werden, harren Ihrer Beschlußfassung.

In jüngster Zeit haben sich im nahen Orient Ereignisse vollzogen, die die Aufmerksamkeit Europas in Anspruch nehmen. Sind wir dort auch politisch weniger interessiert als andere Mächte, so erfordern jene Vorgänge doch unsere Beachtung. Das Deutsche Reich wird in freier Gemeinschaft mit seinen Verbündeten für eine friedliche und gerechte Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten eintreten.

Erlauchte, edle und geehrte Herren! Indem Ich Sie heute zum ersten Male nach den letzten Neuwahlen hier willkommen heiße, begleite Ich Ihre Arbeiten mit meinen landesväterlichen Wünschen für das Wohl des Staates.

* * *

Die Chronrede vom 20. Oktober ist um vieles interessanter als die meisten ihrer Vorgängerinnen in früheren Jahren.

Sie bringt eine ganze Reihe teils erfreulicher, teils wenig angenehmer Ueberlegungen — als die größte die Willens- und Kundgebung des Königs zur Frage der preussischen Wahlrechtsreform.

Es war schon früher durchgedacht, daß Fürst Bülow die Chronrede zu einer Leichte, wenn auch noch so unverbundlichen Vereinerung vor den liberalen Wahlrechtswünschen benutzen werde. Trophem muß man die Art, wie das jetzt geschehen ist, als bemerkenswert bezeichnen. Die Chronrede spricht nämlich nicht nur allgemein von der Notwendigkeit einer Reform, sie verpflichtet auch in aller Form eine „organische Fortentwicklung des preussischen Wahlrechts“, entsprechend „der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses“. Zwar hatte ähnliche Gedanken in ähnlich unbestimmte Formen schon Fürst Bülow in seiner berühmten Wahlrechtsklärung vom 10. Januar d. J. geäußert. Der Kanzler und Ministerpräsident hatte damals die Reformbedürftigkeit des Dreiklassenwahlrechts zugegeben, aber runderweg, streng und pathetisch nicht nur die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen, sondern auch die Erlegung der öffentlichen Wahl durch die geheime abgelehnt und nur eine Prüfung der Frage versprochen, ob das Ziel erreicht werden könne durch „ein nach den Merkmalen des alten, des Besizes und der Bildung zweckmäßig abgestuftes Wahlrecht“. Inzwischen scheint diese Prüfung wenigstens beendet zu sein, und man wird die allerdings nicht sehr klare Sprache der Chronrede so auffassen dürfen, daß eine Reform des Wahlrechts, sei es in Gestalt eines nach Vermögen, Alter und Bildung abgestuften Pluralwahlrechts, sei es lediglich durch Einführung eines Bildungszensus, in Aussicht gestellt wird.

Es ist klar, daß für den entschiedenen Liberalismus weder das Pluralwahlrecht noch der Bildungszensus eine annehmbare Lösung des Problems bedeuten würde. Immerhin hat nun endlich auch der König von Preußen in feierlicher Stunde und in bestimmter Form die organischen Mängel des bestehenden Wahlrechts anerkannt, ihre Beseitigung versprochen. Das ist ein Schritt auf dem Wege, ein Schritt vor allem, von dem es kein Zurück mehr gibt. Nur wird und muß sich sofort die Frage aufdrängen: **Wo bleibt die Vorlage?** Wenn die Chronrede ausdrücklich das Annehmen des politischen Verhandnisses und des staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls im preussischen Volk rühmt, so hätte sie daraus sofort die Konsequenzen ziehen können und müssen. Einem politisch reifen Volk darf man nicht zumuten, daß es sich in einem solchen Falle nur mit Verpfehlungen abgeben soll. Einem armen Kinde erzählt man wohl ein Märchen von dem feinen Traumland, da Niemand und König sieht, eine Staatsregierung, die sich selbst ihrer staatlichen Verantwortlichkeit bewußt ist, darf unmöglich durch dage Verpfehlungen Parteien und Meinungen für ihre Zwecke zu geminnen suchen, die Einführung ihrer Verpfehlungen aber auf unbefristete Zeit versetzen.

Um so weniger, wenn sie den Preis, den sie verlangt, so schnell und so unabweislich einfordert. Oder will sie etwa glauben machen, sie hätte die Neugestaltung des Wahlrechts auch in Aussicht gestellt, wenn sie nicht gleichzeitig so enorme Anforderungen an die „Opferbereitschaft“, will heißen an die Steuerkraft des Volkes zu stellen gezwungen wäre?

Daß die Chronrede die Aufündigung der einbürtigen Regelung der Beamten-, Geistlichen- und Lehrgelthalter bringen würde, war ja bekannt. Neu und überraschend ist lediglich die Höhe der Summen, die diese Vorlagen erfordern sollen. In seiner Etatsrede vom 13. Januar d. J. hatte Fürst v. Rheinbaben noch die Gesamtkosten der Aufhebung der Beamten- und Lehrgelthalter auf 117 Millionen geschätzt, von denen damals 77 Millionen aus laufenden Mitteln und nur 40 Millionen durch eine Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer gedeckt werden sollten. Jetzt gibt die Chronrede die durch die Regelung erforderliche dauernde Mehrbelastung auf rund 200 Millionen an, ungedruckt das Staatseisenbahndefizit und die sonstige „ungünstige Finanzlage“. Wie man inzwischen aus den heute eingebrachten Gesetzesvorlagen und ihrer Begründung (siehe die 4. Seite) erfahren hat, ist es nicht nur ein sehr wesentlicher Steuerzufluß für alle Einkommen über 7000 Mark und eine Erhöhung der Vermögenssteuer, die Herr v. Rheinbaben forderte, sondern auch eine neue „Gesellschaftsteuer“, also wirklich eine Doppelbesteuerung der Aktien- und ähnlicher Gewerbesteuergesellschaften. Und zwar sollen aus der Einkommen- und Ergänzungsteuer 33 Millionen mehr herausgezogen werden, aus der neuen Gesellschaftsteuer nicht weniger als 22 Millionen.

Man wird abwarten müssen, wie der Finanzminister diese, wie wir nochmals betonen, ganz außerordentlich hohen Forderungen und seinen „Schuldbuch“ begründen und belegen wird.

Der Appell, den nun auch die Chronrede an die alt-preussische Sparjamkeit richtet, entspricht früheren Aufforderungen und Ermahnungen des Fürsten Bülow, ebenso ist die abgelehnte Vereinfachung und Dezentralisation der Staatsverwaltung nichts Neues mehr. Die Reform des Mädchenschulwesens soll in dem erst später zu erwartenden Etat für 1909 zum ersten Male in ihren finanziellen Folgen in die Erörterung treten, und auch für dieses Jahr wieder wird endlich eine Sekundärbahnvorlage angekündigt.

Was die Chronrede über die auswärtige Politik zu sagen hat, ist nur wenig. Es wird, was unseres Erachtens doch nur cum grano salis verstanden werden kann, verichert, daß Deutschland im nahen Orient weniger Interessen als andere Mächte hätte, und es wird die Zurecht ausgedrückt, daß es Deutschland gelingen werde, an einer friedlichen Lösung der Schwierigkeiten am Balkan mitzuwirken, eine Hoffnung, der wir uns gern anschließen.

Als Ganzes betrachtet, ist auch diese Chronrede wieder ein echtes Produkt Bülowscher Politik und Bülowscher Taktik. Wenn er sich an die „Opferbereitschaft des Volkes“ wendet, kann Bülow, der Optimist, auch einmal grau in grau malen. Und in schönen und liebenswürdigen Verpfehlungen, die nur immer zu möglichst wenig verpflichten und möglichst wenig kosten dürfen, war der vierte Kanzler von jeher ein Meister. Nun tritt er in einer neuen Rolle als Vater der „organischen Fortentwicklung des preussischen Wahlrechts“ auf. Man wird diese neue Phase Bülowscher Politik überall im Lande mit lebhaftem Interesse verfolgen, der Landtag aber wird unmittelbar nach seinem Zutritt in den Fürsten nur doch interpellieren müssen. Herr v. Bülow wird die Auskunft nicht weigern können und wollen, wann und wie er das feierliche Verprechen der Chronrede zu erfüllen und „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ ihrer Lösung zuzuführen gedenkt.

* * *

Im Weissen Saal.

Die Eröffnung beider Häuser des Landtags im Weissen Saal des Berliner Schlosses fand heute mittag 12 Uhr unter äußerst prächtigen Formen statt. Um 11 Uhr fand in der Schloßkapelle ein Gottesdienst für den Hof und die evangelischen Mitglieder des Landtages statt. Während des Gottesdienstes entwickelte sich im Weissen Saale ein sehr malerisches Bild. Die Schloßgardemarinne in den sibirizianischen Uniformen, historischer Schmuck, Federperücke und den alten Gewehren mit aufgehangtem Bajonnet marschiert auf und nimmt an dem Kronballadin gegenüberliegenden Ende Aufstellung, allmählich treffen auch einige Landboten im Saale ein, die an der kirchlichen Feier nicht teilgenommen haben.

10 Minuten vor 12 Uhr ertönte Orgelklang aus der Schloßkapelle, der Gottesdienst ist beendet. Die Schloßgare präsentiert. Unter Vorantritt des Hofes schreitet der Kaiser, umgeben von den Prinzen seines Hauses und den Staatsministern durch den Saal, ihm folgen die zum Krönungstisch eingeladenen Generalität und die Mitglieder des Landtages.

Während der Kaiser zunächst seine Gemächer aufsucht, ordnen sich die Gruppen vor dem Thron. Die Uniform herbstlich vor, der Thron tritt zurück. Es mögen 200 Abgeordnete anwesend sein, alle, die einen militärischen, kammerherrlichen Rang bekleiden, haben militärische oder Zivilgala angelegt, ein farbenprächtiges Bild. Allmählich ist Ordnung eingetreten. Die Herrenhausmitglieder werden auf den linken, die Abgeordnetenhausmitglieder auf der rechten Thronseite postiert. Die Schloßgare rückt von neuem an, sie nimmt Aufstellung, präsentiert.

Schlag 12 Uhr erscheint wieder der Kaiser, diesmal zuerst ihm folgen Prinzen und Hofstaat. Der Präsident des Herrenhauses, Freiherr v. Mantuffel bringt ein Hoch auf den König aus, die Versammlung bekräftigt. Die Kaiserin mit der jüngsten Schwester des Kaisers und der Prinzessin Auguste Viktoria haben kurz zuvor eine der Logen betreten. Der Kaiser nimmt unter dem Baldachin Aufstellung, die beiden Bagen des Throns treten vor. Die Prinzen treten rechts an den Thron, der Kronprinz drei Schritte neben den Thron, Hofstaat und Staatsministerium links vom Thron. Ministerpräsident Fürst Bülow tritt an die unterste Stufe des Thrones, der König legt den Abzeichen auf Haupt und nimmt

Die Chronrede

aus der Hand des Fürsten Bülow entgegen. Laulose Stille herrscht. Mit etwas müder, nicht zu lauter Stimme verliest der König die Rede. Sie wird lautlos entgegengenommen, nur als der König betont, daß das Deutsche Reich seinem österrreichischen Verbündeten die Treue halten wird angefaßt der Balkanfrage ertönt lautes Bravo.

Das amerikanische Geschwader in Japan und China.

(Telegramm unseres Sonder-Korrespondenten.)

L London, 20. Oktober.

Nun ist das amerikanische Geschwader in untrügerischer Mission nach Japan gekommen. Es ist in Yokohama eingetroffen und festlich begrüßt worden. Man vertritt sich in Amerika von dem Besuch wertvolle Ergebnisse für die Erhaltung friedlicher Beziehungen. Abgesehen von dem Einbruch, den die Entfaltung der amerikanischen Seemacht hervorbringt, verzeigelt man mit Genugtuung, daß die japanische Bevölkerung eine unwertvolle Herzlichkeit bei den Vorbereitungen zu den auf sieben Tage berechneten Empfangsfeierlichkeiten an den Tag legte. Japan erlaubte ein mächtiges Geschwader von sechzehn Kriegsschiffen, um die Amerikaner einzulassen und ihnen das Gesicht nach Yokohama zu geben. Die japanischen Begleitschiffe bleiben den dort vor Anker liegenden Amerikanern zur Seite, um sich für jedes Bedürfnis der Offiziere und Mannschaften zur Verfügung zu halten. Dem Wunsch der „Christian Societies“ entsprechend, ist den amerikanischen Mannschaften Wasser und zu Lande der Genuß herausgehender Getränke verboten worden. Man hofft, daß damit die Gefahr von Gesellen beträchtlich eingeschränkt ist. Die „Christian Societies“ stellen Führer zur Begleitung der Mannschaften bei ihren Ausflügen an Land, um das Amüsement in den nötigen Grenzen zu halten. Die Bürger Yokohamas haben 100.000 Mark für die festlichen Veranstaltungen zu Ehren der Gäste gesammelt.

Nach Erlebigung der Festlichkeiten in Japan wird China die amerikanische Flotte vom 29. Oktober bis zum 4. November in Amoy zu Gast sehen. Der Kaiser entsendet einen Prinzen der Herzogfamilie und ein glänzendes Gefolge zu seiner Vertretung. Elektrische Illumination und Erlebigung von Feuerbomben wurden vorgesehen. Man rechnet auf einen sehr reichlichen Empfang.

Der letzte Bericht des Admirals Sperry besagt, daß die Flotte in so vorzüglicher Verfassung ist, daß die Schiffe mit wenigen Aus-